

Wahlprüfstein von: PETA Deutschland e.V.
Antwort von: Die Linke Rheinland-Pfalz (RLP)
Datum: 04.03.2026

1. Kontrollen in Agrarbetrieben

Eine Antwort der Bundesregierung (BT-DS 19/3195) ergab 2018, dass tierhaltende rheinland-pfälzische Agrarbetriebe im Durchschnitt nur alle 15,5 Jahre durch Amtstierärzte kontrolliert werden.

Befürwortet Ihre Partei mindestens jährliche Kontrollen von tierhaltenden Agrarbetrieben durch Amtsveterinäre sowie eine entsprechende Personalaufstockung?

Ja, die Linke RLP sieht die unzureichenden amtstierärztlichen Kontrollen als großes Problem. Nur durch eine regelmäßige, mindestens jährliche, auch anlassunabhängige Kontrolle der tierhaltenden Betriebe durch Amtstierärzte kann Tierschutz in einem Mindestmaß durchgesetzt werden. Nur so ist es möglich Missstände frühzeitig zu erkennen, systematischer Tierquälerei entgegenzuwirken und Standards durchzusetzen. Dafür ist die Personalaufstockung zwingend notwendig. Tierschutz- und auch Lebensmittelkontrollen dürfen nicht weiter vom Zufall abhängen, denn das ist strukturelles Staatsversagen. Tierschutz als Staatsziel darf nicht auf freiwilliger Selbstkontrolle beruhen und von Profitinteressen beeinflusst werden.

2. Tierverbrauch in der Lehre

Trotz erprobter Alternativen werden für die Lehre an Universitäten, v.a. für studentische Sezierkurse, viele tausend Tiere „verbraucht“.

Werden Sie sich dafür einsetzen, den Tierverbrauch für die Lehre in rheinland-pfälzischen Bildungseinrichtungen zu beenden und durch moderne Methoden zu ersetzen?

Die Linke RLP setzt sich für den Ausbau von Lehre und Forschung im Bereich einer tierverbrauchsfreien Wissenschaft ein. Dazu gehören insbesondere tierversuchsfreie Studiengänge in den Lebenswissenschaften sowie die Schaffung entsprechender Lehrstühle und Professuren für tierverbrauchsfreie Methoden. Zudem setzen wir uns für die Entwicklung eines Handbuchs ein, das die ethische Vertretbarkeit von Tierversuchen anhand einheitlicher Kriterien bei Genehmigungsverfahren bewertet. Darüber hinaus soll sichergestellt werden, dass Tierversuche in der Aus-, Fort- und Weiterbildung künftig grundsätzlich einer Genehmigungspflicht unterliegen.

3. Jagd auf Füchse

In Rheinland-Pfalz töten Jäger jedes Jahr rund 25.000 Füchse. Luxemburg führte 2015 ein Verbot der Fuchsjagd ein, welches durchweg positiv bewertet wurde. Wird sich Ihre Partei in der kommenden Legislaturperiode dafür einsetzen, dass Füchse in Rheinland-Pfalz nicht mehr flächendeckend bzw. massenhaft getötet werden dürfen?

Die Linke RLP ist sich bewusst, dass die Jagd sehr oft als Selbstzweck betrieben wird. Das darf so nicht weiter Bestand haben. Auch wenn Füchse nach dem Bundesjagdgesetz zu den jagdbaren Arten gehören, treten wir für eine deutliche Einschränkung der Jagd auf Füchse ein, setzen auf wissenschaftlich fundierte Wildtierpolitik und lehnen eine Bestandsregulierung durch Abschuss ohne nachweisliche Notwendigkeit ab. Stattdessen sollen Prävention, Aufklärung und der Schutz natürlicher Lebensräume im Mittelpunkt stehen. Außerdem möchte Die Linke auch die Jagdausbildung stärker an den gesellschaftspolitischen Anforderungen im Sinne einer naturnahen Waldbewirtschaftung ausrichten und die Themen Lebensmittelsicherheit, Tierschutz, Ökologie und Waldbau stärken. Wir haben zudem in unserem Wahlprogramm festgeschrieben, dass die Jagdsteuer beibehalten werden soll.

4. Ausbildung von Jagdhunden

Die Ausbildung von „Jagdhunden“ an lebenden Füchsen in sogenannten Schliefenanlagen ist mit erheblichem Leid und Stress für die Tiere verbunden. Wird sich Ihre Partei für ein Verbot der Ausbildung von Hunden an lebenden Füchsen einsetzen?

Die Linke RLP sieht die Ausbildung von Hunden an lebenden Füchsen in Schliefenanlagen als nicht konform mit dem Tierschutzgesetz an und wird sich für das Verbot einsetzen.

5. Heimtierhaltung

Niedersachsen hat 2013 den „Hundeführerschein“ als verpflichtenden Sachkundenachweis für angehende Hundehalter eingeführt. Auch Bremen hat die Einführung für Mitte 2026 beschlossen. Wird sich Ihre Partei für die Einführung eines verpflichtenden Sachkundenachweises für angehende Hundehalter einsetzen?

*Die Linke RLP hält die Einführung eines verpflichtenden Sachkundenachweises für angehende Hundehalter sowohl für zukünftige Hundebesitzer*innen als auch hinsichtlich einer artgerechten Haltung der Hunde für sinnvoll. Der Erwerb des Sachkundenachweises sollte kostenneutral erfolgen können.*

6. „Exotische“ Gefahrtiere

Zahlreiche Bundesländer wie Hessen und Berlin haben durch ein Gefahrtiergesetz die Privathaltung von gefährlichen exotischen Tieren verboten. In Rheinland-Pfalz dürfen weiterhin Tierarten wie Tiger oder Giftschlangen gehalten werden.

Wird sich Ihre Partei für die Einführung eines Gefahrtiergesetzes einsetzen, mit welchem die Anschaffung gefährlicher „exotischer“ Tiere verboten wird?

Die Linke RLP fordert die Einführung von Positivlisten für Tierarten, die in Privathaushalten gehalten werden können. Diese sollten Tier-, Natur- und Artenschutz sowie das Gefahrenpotential gegenüber Menschen und Tieren berücksichtigen. Exotische Gefahrtiere sollten von den Positivlisten ausgeschlossen werden.

7. Katzenschutzverordnung

Niedersachsen hat 2023 ein landesweites Katzenkastrationsgebot für Freigänger-Katzen beschlossen, um die Population von Streunerkatzen einzudämmen. In Rheinland-Pfalz wurden zwar die Kommunen dazu ermächtigt, jedoch setzten dies nur 49 von ihnen um.

Wird sich Ihre Partei für die Einführung eines landesweiten Kastrationsgebots für Freigänger-Katzen einsetzen?

*Die Linke RLP befürwortet ein Kastrationsgebot von Freigänger-Katzen, würde jedoch ein Anreizsystem zur Förderung der Kastration bei Freigänger-Katzen präferieren, da in vielen Fällen der Eingriff eine finanzielle Belastung für Halter*innen darstellt.*

8. Wettfischen

Wettfischen wird inzwischen von vielen Staatsanwaltschaften als strafbar angesehen – auch dann, wenn die Fische anschließend gegessen werden.

Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass ein Verbot jeglicher Wettfischveranstaltungen wie ´Königsfischen´, ´Pokalangeln´ oder Hegefischen mit Fangplatzierungen im Landesfischereigesetz festgeschrieben wird?

Die Linke RLP sieht das Wettfischen sowie die Trophäenjagd kritisch und setzt sich für ein Verbot ein. Fischerei und Jagd dürfen nicht zum Selbstzweck und zur Unterhaltung stattfinden.